Bezugspreis:
vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 13.75. Durch die Post im Orts- und Oberamts-Verkehr sowie im sonstigen inländ. Verkehr ℳ 13.60 m. Postbest.-Geld.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.
Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 60 ₰, bei Auskunftserteilung durch die Geschäftsstelle 15 ₰ extra.
Reklame-Zeile ℳ 1.50
bei größeren Aufträgen entsprech. Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird.
Schluß der Anzeigen-Annahme tagsvor.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 155. | Neuenbürg, Freitag den 8. Juli 1921. | 79. Jahrgang.

Wo bleibt die Butter?

Von gut unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Die Verhältnisse auf dem Buttermarkt haben sich unerträglich entwickelt und es ist nicht uninteressant, den Gründen nachzuspüren, die diese Verhältnisse heraufbeschworen haben. Als das Ernährungsministerium die Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen zu einer Besprechung über die während der Uebergangswirtschaft zu treffenden Maßnahmen im Verkehr von Milch und Milcherzeugnissen zusammenberief, da war der erste Samen zur Unkrautsaat bereits gelegt. Damals hatte die Presse voreilig die vollständige Freigabe der Milch auf 1. Juni bereits in alle Welt hinausposaunt. Kein Mensch wußte, wo er dran war, als einige Tage später seitens der Regierung diese Nachricht dementiert wurde. Auch von Verbraucherseite wurden Schwierigkeiten gemacht; eine Anzahl von Städten weigerte sich, Milchlieferungsverträge mit den Bauern abzuschließen und taten dies erst, nachdem ihnen von Seiten der Landesversorgungsstelle energisch bedeutet wurde, daß sie bei einem derartigen Vorgehen nicht auf die Hilfe der Regierung warten dürften. Der Schieber- und Schleichhandel hatte es aber mit seiner scharfen Witterung bald heraus, daß eine Zeit der Unklarheit und damit ein neues einträgliches Betätigungsgebiet für ihn anfängt. Wenn sich trotzdem die landwirtschaftlichen Organisationen dazu entschlossen, dahin zu wirken, daß Preissteigerungen unterbleiben, so geschah das unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Regierung verhüten müsse, daß einheimische Milcherzeugnisse über die Grenzen hinausgeschafft werden. Es wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß Riesenangebote aus Norddeutschland vorliegen, daß aber die Genossenschaften und Vereinigungen der Bauern nicht gewillt seien, an diesen Gewinnen teilzunehmen, sondern die Erzeugnisse der Verbraucherschaft des eigenen Landes zuführen wollen. Weiterhin wurde verlangt, daß die Regierung die Einfuhr außerwürttembergischer Milcherzeugnisse verhindern müsse, damit nicht wieder zweierlei Preise in Württemberg bestehen sollten, und damit unreellen Spekulationen mit einheimischer Ware ein Riegel vorgeschoben werde. Hätte die Regierung diese Zusicherungen halten können, so stünde es heute besser auf dem Buttermarkte. Sie war aber beim besten Willen nicht in der Lage, zu verhüten, daß waggonweise württ. Erzeugnisse über die Grenze geschafft wurden, ganz besonders nicht von dem Tage an, an dem sich aus einem nicht erklärlichen Grunde die Freigabe des Postkolliversands gestattete. Mit dem Postkolliversand begann der Preissturz in Württemberg, begann das Hinausschmuggeln von Butter und Käse nach außerwürttembergischen Gebietsteilen des Reiches, ja sogar noch über die Reichsgrenzen hinaus. In Berlin und anderen norddeutschen Städten kann man überall von württ. Firmen Angebote für Allgäuer Butter zum Preise von 20 bis 24 ℳ in den Zeitungen lesen. Das ganze, mühsam zusammengeflickte, mit allen möglichen Kunstgriffen gestützte System ist zusammengebrochen, weil man nicht die Möglichkeit hatte, solchen dunklen Elementen das Handwerk zu legen. Die Molkereigenossenschaften und freien Vereinigungen des Landes wurden tagtäglich von einer gewissen Sorte von Händlern in Autos und Fuhrwerken heimgesucht. Angebote, die oft 4 ℳ und mehr am Pfund höher waren, als die von der Regierung festgesetzten Preise, dazu alle möglichen Versprechungen, Aufhetzen der Mitglieder gegen die Organe der Genossenschaften und ähnliche Maßnahmen waren an der Tagesordnung. All das geschah zum Teil unter den Augen der Regierung, ohne daß sie in der Lage war, diesem Treiben ein Ende zu bereiten. Vor einiger Zeit ging durch die Presse die Mitteilung, daß einem Schieber ein Waggon Käse, der in Wollkisten verpackt und als Wolle deklariert war, beschlagnahmt wurde. Derselbe Herr reist zurzeit mit dem Auto im Allgäu herum, setzt sein Treiben fort und macht durchaus keinen Hehl daraus, daß er den Verlust des Eisenbahnwagens wieder hereinbringen müsse, ja schon hereingebracht habe. In einer Berliner Zeitung war ein Inserat zu lesen, worin württembergische Butter zum Preise von 18 ℳ angeboten war. All das geschieht in der breitesten Oeffentlichkeit, ohne daß dagegen etwas geschieht. Es ist ganz klar, daß dadurch für den reellen Handel, wie für die landwirtschaftliche Organisationen die Aufbringung der benötigten Buttermenge zur Unmöglichkeit geworden ist.

Hinzu kommt, daß Baden vollständige Freiheit im Verkehr mit Milch und Milcherzeugnissen hat und daß auch in Bayern seit dem 1. Juli völlige Freiheit auf diesem Gebiete herrscht.

Auch in bezug auf die Einfuhr hat die Regierung selbst die beabsichtigte Durchführung der Uebergangswirtschaft durchbrochen, indem sie, entgegen der Zusicherung des Vorstands der Landesversorgungsstelle, die dieser bei der Sonderversammlung der Molkereigenossenschaften Württembergs am 5. Juni in die Form gekleidet hat: „Verschiedene Preise sind bei uns unmöglich, wir kennen in Württemberg keine Auslandsbutter, wir kennen nur eine Butter zum Preise von 16 ℳ“. die Einfuhr freigegebn hat. Sie hat die Erlaubnis zur Einfuhr von 200 Ztr. Holsteiner Butter gegeben, die allerdings nicht ganz, aber doch größtenteils in Anspruch genommen wurde.

Dieser Zustand ist unhaltbar. Die einzige Möglichkeit für die Gesundung der Verhältnisse liegt darin, daß sich die württ. Regierung entschließt, dem Vorgehen von Bayern zu folgen und die vollständige Freigabe von Milch und Milcherzeugnissen anzuordnen. Die Preise werden im freien Markte wie beim Fleisch sehr bald einen Ausgleich finden.

Deutschland.

Berlin, 7. Juli. Märkische Landwirte erlassen folgenden zeitgemäßen Aufruf: „Kein Deutscher kaufe englische oder französische Waren! In dem Kauf feindlicher Waren muß jeder einzelne Deutsche einen Vaterlandsverrat sehen. Darum weg mit allen englischen und französischen Waren! Wenn englische Arbeiter deutsche Fischladungen in die See werfen und Franzosen uns Oberschlesien entreißen wollen ist jeder Deutsche, der unsere Feinde direkt oder indirekt unterstützt, ein Lump!“

Berlin, 7. Juli. Zum deutschen Geschäftsträger in Moskau ist Professor Siegenfels von der Außenhandelsstelle des Auswärtigen Amtes ernannt worden. — In Hettstedt hat man die Kommunistenmißwirtschaft satt. Das zeigt die am Sonntag vorgenommene Stadtverordnetenwahl. Bei dieser erhielten die bürgerlichen Parteien 10 Sitze, das Gewerkschaftskartell ebenfalls 10 Sitze, die Mehrheitssozialisten zwei und die unpolitische Arbeitsliste ebenfalls zwei Sitze. Damit ist die Herrschaft der Kommunisten, die dort bisher tonangebend waren, gebrochen.

Berlin, 7. Juli. Der Reichskanzler und der preußische Minister des Innern werden, wie der „Lokalanzeiger“ behauptet, sich morgen nach Breslau begeben. Die Minister sollen dort mit den Behörden und den Führern der politischen Parteien konferieren und am Freitag abend will Dr. Wirth in einer öffentlichen Versammlung bei der Jahrhundertfeier über die großen politischen Fragen, insbesondere über Oberschlesien sprechen. Unter Umständen würde sich auch der preußische Ministerpräsident Stegerwald an dieser Reise beteiligen.

Erhöhung der Grund-, Gebäude und Gewerbesteuer.

Stuttgart, 6. Juli. Im Zusammenhang mit der Aenderung des Pfarrbesoldungsgesetzes, durch das für die Regelung der Besoldungsverhältnisse der evangelischen und kathol. Geistlichen rund 8 Millionen ℳ angefordert werden, ist dem Landtag auch ein 4. Nachtrag zum Staatshaushaltplan für 1921 zugegangen. Durch diesen wird der Steuersatz für die Grund- und Gebäudesteuer von 4 auf 5 Prozent hinaufgesetzt. Die Gewerbesteuer, die bisher 2,1—4 Prozent des Steuerkapitals betrug, wird wie folgt festgelegt: Zur Schonung der kleinen und mittleren Betriebe bei den gekürzten Steuerkapitalien bis zu 1000 ℳ und von 1001—5000 ℳ fällt eine Erhöhung weg. Dagegen werden die gekürzten Steuerkapitale von 5001—10 000 ℳ mit einem Steuersatz von 3,5 Prozent (bisher 3 Prozent) belegt. Bei einem gekürzten Steuerkapital von mehr als 10 000 ℳ erhöht sich der Steuersatz von 4 auf 5 Prozent des Steuerkapitals. In der Begründung zu diesem überraschenden Gesetz wird gesagt, daß bei so ernster Finanzlage für Fehlbeträge und größere Ausgabenvermehrungen unter allen Umständen eine Deckung gesucht werden muß. Eine solche biete sich allein auf dem Wege einer verstärkten Schöpfung aus den wenigen noch übrig gebliebenen Landessteuern. Die geringfügige Erhöhung der Staatssteuer werde wieder ausgeglichen durch Maßnahmen, die sich gegen die teilweise Ueberspannung der Gemeindeumlagen richten. Für die der Körperschaftssteuer unterliegenden Unternehmungen sei außerdem dadurch eine Entlastung in Aussicht zu nehmen, daß der Sonderzuschlag zu ihrem Gewerbesteuerkapital mit der bevorstehenden Erhöhung der Körperschaftssteuer nicht mehr aufrecht erhalten werden könne und das Gesetz betr. Aenderung der Gewerbesteuer rückwirkend auf 1. April 1921 wieder beseitigt werde. Der Mehranfall berechnet sich aus der Grundsteuer auf 2,92 Millionen, aus der Gebäudesteuer auf 1,43 Mill. und aus der Gewerbesteuer auf 4 Millionen ℳ, insgesamt 8,35 Millionen ℳ.

Anfrage wegen Kurtaxe und Freizügigkeit.

Stuttgart, 6. Juli. Abg. Dr. Egelhaaf (DVP.) hat folgende Kleine Anfrage eingebracht: Die Reichsverfassung bestimmt in Art. 111: „Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Reiche. Jeder hat das Recht, sich an beliebigem Orte des Reichs aufzuhalten und niederzulassen.“ Nun erhebt eine Anzahl von Ortschaften auch in Württemberg von allen Deutschen, die von diesem Artikel Gebrauch machen, nach Umfluß von 3—5—8 Tagen eine besondere Abgabe, Kurtaxe genannt, ohne deren Bezahlung der Aufenthalt nicht gestattet wird. Jedermann wird es verstehen, wenn solche Orte den Besuch gewisser Veranstaltungen und Räumlichkeiten, die mit besonderem Aufwand verknüpft sind und den Kurgästen dienen sollen (Konzerte, Bälle, Lesezimmer), nur gegen ein Eintrittsgeld gestatten. Daß aber solchen Deutschen, die auf alle solche Veranstaltungen verzichten und sich lediglich an den betreffenden Orten aufhalten wollen, dieser Aufenthalt untersagt wird, wenn sie nicht einer besonderen Steuer sich unterwerfen, erscheint mit Art. 111 der Reichsverfassung nicht als vereinbar, und es steht im Widerspruch mit der Praxis aller anderen Orte, die zum Teil sehr große Annehmlichkeiten bieten. Ich frage das Staatsministerium, wie es sich zu dieser Frage stellt, bezw. ob es das aus Art. 111 folgende Recht zu schützen bereit ist? Ich begnüge mich mit einer schriftlichen Antwort.

Denunzianten.

Eine der ersten Taten der Franzosen im neubesetzten Düsseldorf war außer dem Verbot des Deutschen Offizier-Bundes das des Kyffhäuser-Bundes und der ihm angehörenden Vereine. Das ist geschehen, obwohl die Entente weiß, daß die deutschen Kriegervereine rein kameradschaftliche und der Wohlfahrt gewidmete Vereine sind, die mit militärischen Dingen nichts zu tun haben und die deswegen in keiner Weise gegen § 177 des Versailler Vertrages verstoßen. Alles dies hat die Entente wiederholt anerkannt und bestätigt. Trotzdem hatte der französische General Hennocque in Düsseldorf eigenmächtig jenes Verbot erlassen. Das Traurigste aber ist, daß dieses Verbot die Folge der Denunziation eines Deutschen ist! Pfui Teufel, über solche Lumpen! Ein ähnlicher Schuft scheint jetzt auch die Regimentstage bei den Franzosen verdächtigt zu haben, denn nach einer Zeitungsnachricht wollen die Franzosen diese kameradschaftlichen Zusammenkünfte sich genauer daraufhin ansehen, ob es nicht — verkappte Mobilisierungen sind. Man könnte über die Hasenangst der „Sieger“ höhnisch lachen, wenn man sie nicht in Verbindung zu bringen brauchte mit der elenden Angeberei würdeloser und von internationalen Ideen umnebelter „Deutscher“. Auf derselben niedrigen Stufe steht der Verfasser eines Berichtes in einer Leipziger Zeitung. Das kameradschaftliche Zusammentreffen Leipziger Kriegsteilnehmer im Zoo gibt ihm Anlaß, die Militärvereine im allgemeinen und die erwähnte Veranstaltung im besonderen in gehässiger Weise herabzusetzen. Besonders wütend ist er, daß dabei ein General sogar in Uniform erschienen sei, daß man einen Kriegsfilm vorgeführt und Armee- und Parademärsche gespielt habe. Das fällt natürlich solchen „Deutschen“ auf die Nerven, wenn sie auch den Schandtaten der Hölzgardisten gegenüber wenig empfindlich sind. Und über die harmlose Leipziger Veranstaltung wird hetzerisch und entstellt berichtet in der heimlichen Hoffnung, die Entente auf das „gefährliche“ Treiben aufmerksam zu machen, dafür aber die Aufmerksamkeit von gewissen Unternehmungen moskowitischen Musters abzulenken. Es bleibt dabei: Der größte Lump in Stadt und Land, das ist und bleibt der Denunziant! kyl.

Urteilsbegründung im Prozeß Stenger-Crusius.

Leipzig, 7. Juli. In der Begründung des Urteils gegen General Stenger und Major Crusius heißt es u. a.: Dafür, daß General Stenger am Morgen des 21. August einen Befehl des Inhalts gegeben hat, wie er in der Anschuldigung der Auslieferungsliste angenommen ist, haben die Verhandlungen keinen Beweis erbracht. Der Gerichtshof habe die Ueberzeugung erlangt, daß ein solcher Befehl nicht erteilt worden ist. Auch die Worte, die General Stenger auf dem Exerzierplatz beim Vorbeimarschieren den Truppen zugerufen hat, seien nicht so gehalten gewesen, daß sie mißverstanden werden konnten. Auch die Tötungen, die zweifellos stattgefunden haben, fallen ihm nicht zur Last. Was den Angeklagten Major Crusius anbetrifft, so scheiden zunächst alle Handlungen am 26. August aus, weil Crusius nach dem Gutachten der Sachverständigen an diesem Tag infolge Geistesstörung seiner freien Willensbestimmung beraubt war. Anders liegt die Sache bezüglich des 21. August. An diesem Tag sei die Zurechnungsfähigkeit des Major Crusius nicht herabgemindert gewesen. Das Gericht ist der Ansicht, daß dem Angeklagten nicht der Vorsatz zur Tötung, sondern nur fahrlässige Tötung zur Last gelegt werden kann. Auf Aberkennung der Berechtigung zum Tragen der Uniform mußte auf Grund des Militärstrafgesetzbuches erkannt werden, da die über den Angeklagten verhängte Gefängnisstrafe mehr als ein Jahr beträgt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. Juli. An die gestrige Rede des Reichskanzlers schloß sich eine erregte Aussprache. Nach dem Abg. Trimborn (Ztr.), der die einzelnen Gesetze abwarten will und deshalb eine Debatte für unangebracht hält, nahm der Abg. Dr. Helfferich (D. N.) das Wort, doch wird er häufig durch lärmende Zwischenrufe der Linken am Reden verhindert, so daß er vielfach unverständlich bleibt. Das Ultimatum und die aus diesem heraus dem deutschen Volk zugemuteten Leistungen hält er für unausführbar. Abg. Keil (Soz.) polemisierte gegen den Vorredner, dem das deutsche Volk sein Unglück zu verdanken habe und stellt fest, daß er das Ultimatum sehr wohl für ausführbar halte. Die deutschen Arbeiter seien entschlossen, an der Erfüllung des Ultimatums festzuhalten und das übrige dazu beizutragen und deshalb verlangten sie, daß auch der Besitz Opfer bringe. Abg. Becker-Hessen (DVP.) sagte, daß schon jetzt feststehe, daß die Forderungen des Ultimatums nicht auszuführen seien und der Minister werde sich überzeugen müssen, daß das neue Notopfer keinen Erfolg haben werde. Die Beteiligung des Reichs an der deutschen Industrie scheine ihm zweifelhafter Art zu sein. Abg. Crispien (USP.) bemängelt, daß das Steuerprogramm eine Erhöhung der direkten Steuern um nur 40 und der indirekten Steuern um 32 Milliarden vorsehe. Abg. Keinath (Dem.) erklärte, daß die einzigen Kapitalien, die geistige und die körperliche Arbeitskraft und die Goldwerte, nutzbar gemacht werden müßten. Abg. Dr. Geyer (Kom.) legte gegen die Steuerprojekte Verwahrung ein, da sie nur den Arbeiter träfen. Abg. Leicht (BVP.) legte das Hauptgewicht auf die Erfassung des Besitzes.

Insurgenten-Angriff auf Königshütte.

Mitteilungen aus Oppeln bestätigen immer aufs neue, daß die Aufstandsgefahr nicht beigelegt ist. Die Insurgenten sind, nachdem sie die Entlassungsgelder erhalten haben, zum größten Teil in die Ortschaften zurückgekehrt, haben aber Gewehre und Munition mitgenommen und befinden sich in ständiger Alarmbereitschaft. Am Dienstag erfolgte auf Königshütte ein neuer Angriff. Die Insurgenten drangen, nachdem sie auf einem Berge in der Nähe von Königshütte sich versammelt hatten, unter heftigem Feuer bis in das Innere der Stadt, plünderten Läden, raubten und nahmen Straßenpassanten als Gefangene mit.

Ausland.

Newyork, 7. Juli. Es läuft das Gerücht um, Deutschland verhandle mit Newyorker Bankkreisen über eine Anleihe von 800 Millionen Dollars.

Marschall Foch über Amerikas Kriegshilfe.

Im „Matin“ veröffentlichte Marschall Foch anläßlich des amerikanischen Unabhängigkeitstages eine längere Betrachtung über die amerikanischen Leistungen während des Krieges. Er führte aus, daß bei der amerikanischen Kriegserklärung im April 1917 die amerikanische Armee 9500 Offiziere und 35 000 Mann zählte. 18 Monate später bei Abschluß des Friedens 180 000 Offiziere und 3½ Millionen Soldaten. Bis zum März 1918 betrugen die monatlichen Landungen in Frankreich ungefähr 30 000 Mann, im März kamen 80 000, im April 93 000, im Mai 240 000, im Juni 280 000 Mann in Frankreich an. Vom Juli bis November belief sich die Gesamtzahl der nach Frankreich transportierten amerikanischen Soldaten auf über eine Million. Im Oktober 1918 waren 41 amerikanische Divisionen in Frankreich vereinigt. Auch in der Waffenherstellung sei Großes erreicht worden. Von 700 Gewehren täglich bei Beginn der amerikanischen Intervention gelangte man auf 10 000 Stück und 16 Millionen Patronen täglich. Bei Beendigung des Krieges nahm die amerikanische Armee 380 000 Tonnen in Anspruch, 394 000 Tonnen zu Beginn. Im ganzen hatte die amerikanische Armee an der französischen Front 75 000 Tote.

Harding macht in Phrasen nach System Wilson.

Präsident Harding hielt in Hoboken, wo 5212 Leichen amerikanischer Krieger aus Frankreich gelandet waren, um in ihrem Vaterlande beigesetzt zu werden, eine Rede. Als besonders bezeichnend wollen wir nur folgend Stellen der Rede hervorheben: „Das Leben dieser Helden wurde in dem gewaltigsten Konflikt der ganzen Menschheits-Geschichte zum Opfer gebracht. Sie sahen die Demokratie zum Kampfe herausgefordert und erhoben sich zu ihrer Verteidigung. Sie sahen die Zivilisation bedroht und retteten sie. Sie sahen die Ehre Amerikas verletzt und wiesen den Schimpf zurück. Sie sahen die Rechte unserer Nation gefährdet und besiegelten sie, indem sie diese Rechte von neuem heiligten, von neuem sicherten.“

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Württemberg.

Freudenstadt, 7. Juli. (Stammholzverkauf.) Die Stadtgemeinde Freudenstadt erzielte bei ihrem letzten Stammholzverkauf 247,4 Proz. des Taxpreises. Zum Verkauf kamen 1007 Festmeter Langholz (Fichten und Tannen) und 114 Festmeter Sägholz. Gesamtausbot betrug 146 282 ℳ, der Erlös war 361 888 ℳ.

Vaihingen a. E., 7. Juli. (Nur nicht bescheiden sein.) Das Postflugzeug Paris—Warschau mußte hier notlanden und wurde schwer beschädigt. Die Insassen forderten ganz unverfroren, man möge den Schnellzug nach Mühlacker für sie halten lassen. Der Bahnbedienstete schlug die Forderung ab und die Herrschaften bequemten sich schließlich, den Personenzug zu benützen.

Heilbronn, 7. Juli. (Eine schlimme Brautschaft.) Vor dem hiesigen Schwurgericht stand der 24 Jahre alte Schreibgehilfe Albert Güßler von Großgartach, der mit der Leiterin der Konsumvereinsfiliale in Nordheim verlobt war. Die Eltern der Braut sahen nicht gut dazu, die Braut selbst wurde von Güßler wiederholt hinters Licht geführt, weshalb Zwistigkeiten häufig waren. Bei einem solchen Auftritt nahm Güßler seinen Revolver und feuerte auf seine Braut, die von einem der Schüsse am Hals leicht getroffen wurde. Dann brachte er sich selbst eine schwere Verwundung am Kopfe bei. Bei der Verhandlung vor dem Schwurgericht erklärte sich die Zeugin Bechtold noch als Braut und verweigerte die Aussage. Das Gericht verurteilte Güßler zu 1 Jahr Gefängnis, nachdem die Geschworenen die Frage nach versuchtem Totschlag unter Zubilligung mildernder Umstände bejaht hatten.

Tübingen, 7. Juli. (Unmoral.) Vor dem hiesigen Schwurgericht wurde die 19 Jahre alte ledige Haustochter Luise Reiber von Kappishäusern OA. Nürtingen wegen Blutschande, versuchter Abtreibung und fahrlässiger Tötung zu 8 Monaten Gefängnis und deren Stiefvater, der 42 Jahre alte verheiratete Bauer Gottlob Schnitzler von dort wegen der gleichen Verbrechen zu 1 Jahr Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt, je 1 Monat für erlittene Untersuchungshaft gehen ab.

Gerstetten, 7. Juli. (Bubereien.) Ein 16jähriger Bursche fuhr spät abends eine steilabfallende Ortsstraße freihändig hinab und überfuhr eine 44 Jahre alte Frau, die beide Arme brach und schwere innere Verletzungen erlitt. — Einem älteren Mann von hier sind 7 Hühner vergiftet worden.

Laupheim, 7. Juli. (Viehablieferung.) Der Landwirtschaftliche Bezirksverein hat namens der Württ. Landwirtschaftskammer die Aufbringung von Rindvieh zur Erfüllung des Friedensvertrags im hiesigen Oberamtsbezirk übernommen. Auf den hiesigen Bezirk entfallen: 7 Farren im Alter von 8 bis 12 Monaten, wovon zwei 1—2 jährig sein sollen, 8 trächtige Kühe nicht über 5 Jahre, 8 trächtige Rinder (Kalbinnen), 15 Jungrinder im Alter von 6—18 Wochen. In Betracht kommt nur Braunvieh.

Rißtissen OA. Ehingen, 7. Juli. (Eingeständnis.) Die Ursache des kürzlichen Brandes, dem zwei Häuser und eine Scheune zum Opfer fielen, ist jetzt aufgeklärt. Ein 16jähriges Mädchen aus Gamerschwang, das bei einem der beiden Abgebrannten im Dienste war, hat eingestanden, wegen Heimweh das Feuer gelegt zu haben.

Ravensburg, 7. Juli. (Rascher Tod.) Katastergeometer Frey ist unerwartet rasch aus dem Leben geschieden. Ein Herzschlag hatte den 64 Jahre alten noch rüstigen Mann auf einem Dienstgang überrascht. Er befand sich gerade auf dem Wege nach Schlier. Gegen 8 Uhr früh wurde er auf einer Ruhebank in der Nähe des Friedhofs tot aufgefunden. Der Verstorbene, der vorher lange Jahre in Ochsenhausen tätig war, war seit 1902 hier als Katastergeometer angestellt. Am Vorabend seines Todestages durch die Amtsversammlung zum Oberamtsgeometer ernannt, dürfte er von dieser ehrenden Beförderung kaum mehr Kenntnis erhalten haben.

Wangen i. A., 7. Juli. (Ministerbesuch.) Reichsernährungsminister Dr. Hermes trifft heute aus Berlin zur Besichtigung der Käserei-Lehr- und Versuchsanstalt hier ein.

Baden.

Pforzheim, 6. Juli. Gestern vormittag wurde eine 22 Jahre alte Polisseuse in einer hiesigen Fabrik tot aufgefunden. Ob ein Selbstmord, oder ein Unglücksfall vorliegt, ist noch nicht aufgeklärt.

Hockenheim, 6. Juli. (Frecher Räuberüberfall.) Mitten in der Stadt hat der Adrian Eberle von hier vor einigen Tagen einen außerordentlich frechen Straßenraub ausgeführt. Er überfiel in der Nacht einen heimkehren Burschen, schlug ihn zu Boden und raubte ihm Uhr und Geldbeutel mit Inhalt. Dabei mißhandelte er den Ueberfallenen derart, daß dieser bewußtlos auf der Straße liegen blieb und morgens 3 Uhr von der Polizei blutüberströmt aufgefunden wurde. Der Täter ist verhaftet und ins Amtsgericht Schwetzingen eingeliefert worden.

Heidelberg, 6. Juli. Ueber das Verbleiben der beiden vor einigen Tagen hier spurlos verschwundenen Bürgermeister hat man noch immer keine Anhaltspunkte. Die Stadt Herford hat 10 000 ℳ Belohnung für die Auffindung des Oberbürgermeisters ausgesetzt. Oberbürgermeister Busse befand sich zur Zeit auf einer Ferienreise und kam von Stuttgart, wo er dem Städtetag beigewohnt hatte. Oberbürgermeister Busse ist 55 Jahre alt und Bürgermeister Werner 42 Jahre. Nachdem alles Suchen bis jetzt vergebens war, gewinnt die Annahme an Boden, daß die beiden Herren einem Verbrechen zum Opfer gefallen sind und wahrscheinlich in der Nähe Heidelbergs versteckt wurden. Die Angelegenheit gewinnt nun dadurch einen weiteren befremdlichen Charakter, daß neuerdings seit einigen Tagen ein 27 Jahre alter Kaufmann namens Horst Horn aus Berlin verschwunden ist. Er hatte sich in einem hiesigen Hotel einlogiert, wo er mehrere Wochen wohnte, am 21. oder 22. Juni wegging mit der Angabe, sofort wieder zurückkehren zu wollen. Da der junge Mann seine Zeche bezahlt und seinen Koffer hier zurückgelassen hat, so dürfte auch der Fall nicht ausgeschlossen sein, daß er einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

Heidelberg, 5. Juli. Das hiesige Schwurgericht verhandelte gegen den unverheirateten, 31 Jahre alten Zimmermann Hermann Rusch in Leimen, der am Fastnachtssamstag spät abends in der Gastwirtschaft zum Rebstock in Leimen den Gastwirt Krauth und den Zementarbeiter Kalbrunner erschossen hat. Die beiden Getöteten waren verheiratet und besaßen je eine zahlreiche Familie. Rusch hatte an einer Veranstaltung des Athletenklubs „Attila" teilgenommen, hatte im Laufe des Abends sehr viel getrunken, und war mit einigen Gästen in Streit geraten. In dessen Verlauf ist er zweimal verhauen und hinausgeworfen worden. Er ging schließlich nach Hause, holte seine Pistole und drang wieder in den Saal ein. Dort schoß er zuerst auf den Gastwirt Krauth, mit dem er schon früher einmal eine Auseinandersetzung gehabt hatte. Krauth war sogleich tot. Dann schoß Rusch auch auf sich, verletzte sich erheblich am Halse und feuerte dann noch einige Schüsse blindlings in den Saal ab. Zwei Kugeln trafen Kalbrunner und töteten auch ihn, der an der ganzen Sache nicht beteiligt war. Der Angeklagte Rusch wurde wegen vorsätzlicher Tötung des Gastwirts Krauth und im zweiten Falle wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu einer Gesamtstrafe von fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die verhältnismäßig milde Strafe hat er neben seiner sinnlosen Betrunkenheit am Abend der Tat auch seinem früheren guten Verhalten zuzuschreiben. Er erklärte, daß er die Tat sehr bedauere, aber von ihr nichts wisse, da er an dem Abend mindestens achtzehn Viertel Wein und viel Schnaps getrunken habe.

Mannheim, 6. Juli. Mit einem aufsehenerregenden Prozeß hatte sich das Schwurgericht gestern zu befassen. Es verhandelte gegen den verantwortlichen Redakteur des hiesigen Organs der USP., Karl Berg, wegen Gotteslästerung und Religionsbeschimpfung. Der Angeklagte ist gebürtig aus Helmstedt in Bayern, geb. 1890, wurde Schlosser, später arbeitete er in verschiedenen Industriebetrieben, nahm an technischen Kursen teil und diente von 1910—1912. Den Krieg machte er bei der Marine mit. Der unter Anklage stehende Artikel erschien aus der Feder des Angeklagten in Nr. 18 der „Tribüne" vom 22. Januar d. Js. und befaßte sich mit einer Zeitungsnotiz über die Hinrichtung des Doppelmörders Max Klinke aus Zell i. W. In der Notiz war gemeldet worden, daß der Erzbischof dem Mörder für seine letzten Stunden ein Kreuz übersandt habe und daß er ihn davon in Kenntnis habe setzen lassen, daß er seiner im Gebet gedenken werde. Die „Tribüne" gab ihrer ablehnenden Haltung gegen die Todesstrafe Ausdruck und glossierte das Verhalten des Erzbischofs als Rückfall in das Mittelalter. Wenn es einen Gott gäbe, der allmächtig, allwissend und allweise, mit aller Absicht solches Unheil in die Welt bringe, dann wäre er wert, das Schicksal des Mörders zu teilen. Ferner ist in dem Artikel von „pfäffischer Verlogenheit", von „verbrecherischem Betrug" und ähnlichem die Rede. Der Staatsanwalt führte aus, unser Herrgott brauche nicht den Schutz der Gerichte, aber das religiöse Gefühl müsse geschützt werden. Er gab anheim, eventuell nur die zweite Schuldfrage zu bejahen. Das Gericht kam zu einer Freisprechung des Angeklagten. Das Urteil war mit Bravorufen aufgenommen, was der Vorsitzende scharf rügte. Vor dem Gerichtssaal hatte sich eine beträchtliche Menschenmenge eingefunden, darunter bezeichnenderweise viele Frauen und Mädchen.

Vermischtes.

Hilf, was helfen mag. So dachte sich ein biederer Landwirt, dem, wie der Nesselwanger Anzeiger meldet, ein braves Mutterschwein 8 kräftige Junge zur Welt gebracht hatte. Leider streikte die Mutter und wollte den Jungen die Nahrung verweigern. Da kam der schlaue Landwirt auf eine gute Idee. Er gab dem Mutterschwein einen Schoppen Kartoffelschnaps ein. Das alte Schwein schlief bald hernach auch fest ein und die Jungen konnten nun ihrem Nahrungsdrange nachgeben. Doch die verabreichte Dosis schien selbst für ein Schwein zu groß gewesen zu sein, denn das alte Schwein erwachte überhaupt nicht mehr.

Eine Riesenfrucht. Bürgermeister Rauschmayr in Babenhausen hat in seinem Garten eine Riesen-Ananaserdbeere im Gewicht von einem halben Pfund geerntet, die vollständig ausgereift war.

Erhöhte Anrechnung der während des Kriegs zurückgelegten Dienstzeit. Der Reichstag hat am 22. Juni 1921 den Entwurf eines Gesetzes über eine erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit in zweiter und dritter Lesung angenommen. Nach diesem wird bei der Berechnung von Ruhegehältern und Renten nach dem Reichsbeamtengesetz zu der in der Zeit vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1918 im Reichs- oder Militärdienstzeit wirklich verbrachten Zeit, sofern sie mindestens sechs Monate betragen hat, die Hälfte hinzugerechnet.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 7. Juli. (Börsenbericht vom 7. Juli. — Mitgeteilt von der Direktion der Disconto-Gesellschaft, Filiale Wildbad, vormals Stahl u. Federer A.-Gesellschaft.) Die in den letzten Tagen eingetretenen Kursabschwächungen nahmen heute ihren Fortgang, und so verkehrte denn die heutige Börse bei ruhigem Geschäft in schwacher Haltung. Banken- und Brauerei-Aktien lagen ruhig. Größeres Geschäft zeitigte sich nur in Hohenzollern Brauereigesellschaft, die 12 Prozent (215) höher gesucht wurden. Bettenmeyer-Tivoli ><4 Proz. (230). In Maschinenwerten wurden Daimler 208 Proz. (— 8 Proz.), Feinmechanik Tuttlingen 1110 Proz. (— 40 Proz.), Gebr. Junghans 324 Proz. (— 3 Proz.), Laubheimer Werkzeug 472 Proz. (— 8 Proz.), Maschinenfabrik Hesser 435 Proz. (— 4½ Proz.). Dagegen wurden höher Hohner Trossingen 742 Proz. (>< 7 Proz.), Maschinenfabrik Eßlingen 394 Proz. (>< 6 Proz.), Württ. Metallwaren gestrichen mangels Material. Wenig Geschäft zeigte heute der Spinnerei- und Textilmarkt. Baumwollspinnerei Erlangen 640 (>< 5 Proz.), Kammgarnspinnerei Bietigheim 530 Proz. (— 5 Proz.), Kottern 840 Proz. (— 10 Proz.), Südd. Baumwolle Kuchen 480 Proz. (— 5 Proz.), Verein. Filzfabriken 600 (— 20 Proz.). Von den übrigen Industriewerten notierten Bad. Anilin 409 Proz., Deutsche Verlagsanstalt 383 Proz., Köln Rottweiler 335 Proz., Sektkellerei Wachenheim 443 Proz., Stuttgarter Zucker 380 Proz., Ziegelwerke Ludwigsburg 475 Proz. Junghans Bezüge 49 Proz. bez., Jetter Bezüge 610 bez. Im freien Verkehr wurden genannt: Bad Mergentheim 135 G., Calwer Decken 325 G., Hamburger Elbenwerft 170 G., Heilbronner Zucker ca. 305 Proz., Knorr 315 Proz. a 319 Proz. Marswerke 280 G., Neckarsulmer ca. 360—362 Proz.

Stuttgart, 7. Juli. Dem Donnerstagmarkt am hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 76 Ochsen, 21 Bullen, 150 Jungbullen, 132 Jungrinder, 219 Kühe, 265 Kälber, 1410 Schweine und 10 Schafe. — Erlöst wurden aus 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 650—710, 2. 500—620, Bullen 1. 580—620, 2. 480—550, Jungrinder 1. 670—720, 2. 540—630, Kühe 1. 490 bis 610, 2. 340—460, 3. 200—320, Kälber 1. 760—820, 2. 670 bis 740, 3. 600—650, Schweine 1. 1150—1180, 2. 1050—1110, 3. 980—1030 ℳ. — Verlauf des Marktes: bei Kälbern und Schweinen belebt, bei Großvieh in guter Qualität belebt, in geringer Qualität flau.

Viehmärkte. In Aalen war Schweine- und Schafmarkt. Ersterem wurden 29 Milchschweine zugeführt. Preise pro Paar 600—850 ℳ. Verkauft wurden 27 Stück. Dem Schafmarkt waren 292 Stück Schafe zugetrieben. Verkauft wurden 17 Göltschafe (Preis pro Paar 850 ℳ), 14 Hämmel (Preis pro Paar 850 ℳ), 50 Jährlinge (Preis pro Paar 765 ℳ) und 12 Brackschafe (Preis pro Paar 400 ℳ). Der Markt war schwach befahren und zeigte bei sinkenden Preisen einen flauen Geschäftsgang. — Dem Viehmarkt in Kirchheim u. T. waren zugeführt: 44 Farren, Preis 5500—11 100 ℳ per Stück, 80 Ochsen und Stiere, Preis 3400—13 000 ℳ per Stück, 105 Kühe, Preis 4500—10 500 ℳ per Stück, 196 Rinder und Kalbinnen (Jungvieh), Preis 2600—11 000 ℳ per Stück, 18 Kälber, Preis 900—1100 ℳ per Stück, 306 Milchschweine, Preis 400—500 ℳ per Stück, 34 Läuferschweine Preis 750—1000 ℳ per Stück. Der Handel war in beiden Teilen lebhaft. — Dem Viehmarkt in Langenau waren insgesamt 95 Stück zugeführt. Niedrigster und höchster Preis bei Farren 2900—3655, bei Farrenkälbern 2500—2605, bei Kühen 3100—3500, bei Kalbeln 5000 bis 8500, bei Jungrindern 1600—5200 ℳ. Gesamtumsatz bei einem Verkauf von 36 Stück 131 545 ℳ.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 7. Juli. Zu der Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 2. Juni ds. Js. über die Dienstzeit der Beamten haben die Abgg. Nesper und Winker (Soz.) eine Anfrage eingebracht, in der die Fassung der Bekanntmachung beanstandet wird. Die Abgeordneten fragen: Ist das Staatsministerium bereit, willkürlicher Auslegungen und Handhabung der Bestimmungen durch ihre Berichtigung oder nähere Auslegung vorzubeugen und der Einheitlichkeit wegen bei der Reichsregierung in gleichem Sinne darauf hinzuwirken?

Heidelberg, 7. Juli. Drei Hundertschaften der Sicherheitspolizei sind gestern in aller Frühe zusammengezogen worden und haben eine groß angelegte Streife über den Königsstuhl angetreten, den sie in breiter Schützenlinie überquerten, um nach den verschwundenen drei Herren, Oberbürgermeister Busse-Herford, Bürgermeister a. D. Werner und Kaufmann Horn, zu forschen. Gleichzeitig ist berittene Sicherheitspolizei, sowie zahlreiche Kriminalbeamte mit Polizeihunden und das Korps Vandalia zum Heiligenberg hinübergegangen, den sie heute vormittag gleichfalls durchstreiften. Es liegt eine Zeugenangabe vor, daß im Wald an der Neuenheimer Seite am Mittwoch vor acht Tagen, abends zwischen 6 und 7 Uhr, drei bis vier Schüsse gefallen sind. Die badische Polizei unter Leitung von drei Hauptleuten ist, mit Feldtelephon ausgerüstet, ebenfalls zu der Streife herangezogen worden.

Berlin, 7. Juli. Die deutsch-polnische Kommission aus Posen ist am 7. Juli von ihrem Besuch in das Niederlausitzer Braunkohlenrevier zurückgekehrt. Sie hat dort festgestellt, daß seitens der Behörden oder Arbeitgeber keinerlei Zwang zur Erzielung der Abwanderung von Polen ausgeübt worden ist. Soweit polnische Arbeiter unter dem Zwang wirtschaftlicher oder nationaler Spannung zur Auswanderung veranlaßt worden sind, haben sie diese mit Hab und Gut ungehindert durchführen können. Die Kommission hat sich am 7. Juli wieder nach Posen zurückbegeben. Es muß erwartet werden, daß nunmehr dort auch den hetzerischen Darstellungen über die Lage der Polen in Deutschland eine Ende bereitet wird.

Berlin, 7. Juli. Von einer Anzahl Abgeordneten der Deutschen Volkspartei ist folgende Anfrage im Reichstag eingebracht worden: Der Ortsdelegierte der Besatzungsbehörde in Düsseldorf hat einen Befehl erlassen, in dem von der Industrie gefordert wird, den Besatzungstruppen die Betriebe zur Besichtigung zu öffnen. Die Besichtigung soll in Trupps von 20 Mann erfolgen. Die Werksleitungen werden verpflichtet, die geeigneten Führer zu stellen. Wir fragen die Reichsregierung, was sie zu tun gedenkt, um solche Willkürakte zu verhindern?

Berlin, 7. Juli. Reichskanzler Dr. Wirth und der preußische Minister des Innern, Dominicus, haben sich heute zu mehrtägigem Aufenthalt nach Breslau begeben, um mit den dortigen oberschlesischen und schlesischen Stellen persönlich Fühlung zu nehmen. Der Reichskanzler wird morgen Abend in der Jahrhundertholle in Breslau eine Rede halten, in der er die oberschlesische Frage im besonderen erörtern wird.

Berlin, 7. Juli. Der Vertreter der russischen Sowjetregierung in Berlin, Viktor Kopp, hat in einer Note an das Auswärtige Amt gegen die Ausweisung des russischen Volksbeauftragten Krestinski aus Bayern Beschwerde erhoben. In der Note wird besonders gegen die Behandlung Krestinskis protestiert, daß von der bayerischen Polizei Photographien und Fingerabdrücke gemacht worden waren. Die Note fordert Genugtuung, Bestrafung der beteiligten Beamten, Zurücknahme des Ausweisungsbefehls und Vernichtung der Photographien und Fingerabdrücke. Die Reichsregierung hat eine Feststellung des Tatbestands veranlaßt.

Berlin, 7. Juli. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns muß auf dringenden Rat seines Arztes einen längeren Urlaub antreten. — Die Zündholzindustrie-Gesellschaft gibt bekannt, daß für den Verbraucher mit einer Preisherabsetzung der Zündhölzer in der nächsten Zeit nicht zu rechnen ist, vielmehr mit einer Preiserhöhung, falls die neue Zündwarensteuer noch über das Doppelte der letzten Steuer hinausgehen sollte. Eine Knappheit an Zündhölzern ist nicht mehr zu befürchten. — Die umfangreichen Fabrikanlagen der Zuckerfabrik Lu und Melcher in Uerdingen a. Rh. sind in der vergangenen Nacht durch ein verheerendes Großfeuer vollständig vernichtet worden. Der Schaden wird auf 10 Millionen Mark geschätzt. Das Feuer ist durch Selbstentzündung im Sacklager entstanden. — Wie die „Breslauer Zeitung" erfährt, beschloß die oberschlesische Kohlenkonvention eine Erhöhung der Kohlenpreise, die für Grob-Kohlen 60 Mark pro Tonne beträgt. Die Erhöhung dürfte in den nächsten Tagen in Kraft treten.

London, 8. Juli. Lloyd George erklärte im Unterhaus, er hoffe bald, vielleicht schon am Montag, in der Lage zu sein, über den englisch-japanischen Vertrag eine Erklärung abzugeben. Der Zeitpunkt dieser Erklärung hänge von den Antworten ab, die von den Vereinigten Staaten und Japan erwartet werden. Im gegenwärtigen Augenblick würde eine öffentliche Erklärung möglicherweise dem Erfolg der Verhandlungen nachteilig sein. — Lord Arthur James Balfour ist gestorben. — Der Korrespondent des „Philadelphia Puplic Ledger" meldet, England habe Amerika offiziell Vorschläge zum Abschluß eines englisch-amerikanisch-japanischen Abkommens über die Lage im Stillen Ozean übermittelt.

New-York, 7. Juli. Die Freigabe der deutschen Vermögen in den Vereinigten Staaten ist nicht vor Monaten zu erwarten. Die Höhe der deutschen Guthaben soll eine gewaltige sein und mehrere hundert Millionen Dollar betragen.

Neuer Freispruch in Leipzig.

Leipzig, 7. Juli. Vor dem Reichsgericht begann heute der Kriegsprozeß gegen den Angeklagten Oberleutnant Adolf Laule aus Charlottenburg, der jetzt Oberleutnant im Reichswehrministerium ist. Die Auslieferungsliste wirft ihm vor, im August 1914 in dem Dorfe Hewsen bei Saarburg den französischen Kapitän Migat vorsätzlich und mit Ueberlegung getötet zu haben. Erschienen sind neun deutsche und 4 ausländische Zeugen. Nach seiner Darstellung rief der Angeklagte am Morgen nach der Schlacht bei Saarburg in dem Dorfe einem französischen Kapitän zu, er sei sein Gefangener, er solle die Waffen abgeben. Der Kapitän lehnte das ab. Der Angeklagte wollte ihm nun das Koppel mit Gewalt abnehmen. Der Kapitän schlug ihn aber mit der Faust derart, daß er zur Seite taumelte. Laule befahl nun seinen Leuten, den Offizier festzunehmen und ihm die Waffen abzunehmen. Der Kapitän schlug darauf einem Soldaten ins Gesicht, worauf dieser den Franzosen niederschoß. Einen Befehl hierzu gegeben zu haben, bestreitet der Angeklagte aufs bestimmteste.

Leipzig, 7. Juli. Im Prozeß gegen Oberleutnant Adolf Laule beantragte der Oberreichsanwalt Freisprechung. Das Urteil, welches um 3 Uhr verkündet wurde, lautete dem Antrag entsprechend. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Berlin, 7. Juli. Die französischen Regierungsvertreter bei den Leipziger Prozessen sind gestern auf der Straße durch Zurufe aus dem Publikum belästigt worden. Der in Leipzig anwesende Vertreter des Auswärtigen Amts hat dem Leiter der

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

...iter Schützenlinie über-
...en drei Herren, Ober-
...meister a. D. Werner
...Gleichzeitig ist berittene
...riminalbeamte mit Po-
...lia zum Heiligenberg
...ittag gleichfalls durch-
...2 vor, daß im Wald
...woch vor acht Tagen,
...is vier Schüsse gefallen
...tung von drei Haupt-
...stet, ebenfalls zu der

...lnische Kommission aus
...uch in das Niederlan-
... Sie hat dort festge-
...er Arbeitgeber keinerlei
...ung von Polen ausge-
...eiter unter dem Zwang
...ung zur Auswanderung
...iese mit Hab und Gut
... Kommission hat sich
...begeben. Es muß er-
... auch den hetzerischen
...en in Deutschland eine

...zahl Abgeordneten der
...frage im Reichstag ein-
... der Besatzungsbehörde
...fen, in dem von der
...gstruppen die Betriebe
...chtigung soll in Trupps
...leitungen werden ver-
...llen. Wir fragen die
...kt, um solche Willkür-

... Dr. Wirth und der
...nicus, haben sich heute
...slau begeben, um mit
...ischen Stellen persönlich
...ler wird morgen Abend
... eine Rede halten, in
...Sonderen erörtern wird.
... der russischen Sowjet-
...t in einer Note an das
...g des russischen Volks-
...eschwerde erhoben. In
... Behandlung Krestinskis
... Polizei Photographien
...rren. Die Note fordert
... Beamten, Zurücknahme
...ung der Photographien
...rung hat eine Feststel-

...eitsminister Dr. Braus
...tes einen längeren Ur-
...rie-Gesellschaft gibt be-
...einer Preisherabsetzung
...it nicht zu rechnen ist,
...falls die neue Zünd-
...der letzten Steuer hin-
...n Zündhölzern ist nicht
...greichen Fabrikanlagen
... Uerdingen a. Rh. sind
...verheerendes Großfeuer
... Schaden wird auf
... Feuer ist durch Selbst-
.... — Wie die „Bres-
... oberschlesische Kohlen-
...mpreise, die für Grob-
... Die Erhöhung dürfte
...1.

...e erklärte im Unterhaus,
...Montag, in der Lage zu
...Vertrag eine Erklärung
...klärung hänge von den
...en Staaten und Japan
... Augenblick würde eine
...n Erfolg der Verhandlun-
...s Balfour ist gestorben. —
... Puplic Ledger" meldet,
...rschläge zum Abschluß
... Abkommens über die

...abe der deutschen Ver-
... nicht vor Monaten zu
...Guthaben soll eine ge-
...llionen Dollar betragen.

Leipzig.

...gericht begann heute der
...berleutnant Adolf Laude
...utnant im Reichswehr-
...te wirft ihm vor, im
...ei Saarburg den fran-
...d mit Ueberlegung ge-
... deutsche und 4 ausländ-
... rief der Angeklagte am
...rg in dem Dorfe einem
...Gefangener, er solle die
...das ab. Der Angeklagte
...lt abnehmen. Der Ka-
...erart, daß er zur Seite
...euten, den Offizier fest-
...nehmen. Der Kapitän
...sicht, worauf dieser den
...hierzu gegeben zu haben,
...teste.

...gen Oberleutnant Adolf
...lt Freisprechung. Das
...wurde, lautete dem An-
...n der Staatskasse auf-

... Regierungsvertreter bei
...f der Straße durch Ju-
...en. Der in Leipzig an-
...mts hat dem Leiter der

...sischen Delegation sofort sein Bedauern über den Vor-
...fall ausgesprochen. Die sächsische Polizeibehörde hat Ermitt-
...lungen eingeleitet. Sie wird außerdem dafür Sorge tragen,
...daß derartige Kundgebungen in Zukunft nach Möglichkeit ver-
...hindert werden. Für den Schutz der französischen Regierungs-
...mitglieder wird in jeder Weise Rechnung getragen.

Die französische Presse zu den Freisprechungen.

Paris, 7. Juli. Zur Freisprechung des Generals Stenger
...schreibt der Matin, diese Freisprechung, die noch skandalöser
...ist als die Verurteilung, werde durch die lächerliche Verurteilung des Unter-
...offiziers, werde in Frankreich das Gefühl einmütiger gerechter
...Empörung hervorrufen. — Der „Temps" schreibt, nachdem
...von der englischen, belgischen und französischen Regierung
...wegen Anklagen gegen deutsche Kriegsbeschuldigte nach-
...dem sie vor dem Reichsgericht in Leipzig zu Freisprechungen
...gebeten hatten, sei man in Paris der Ansicht, die Alliierten
...müßten gemeinsam Protest erheben und alle dem Reichsgericht
...überlassenen Akten zurückfordern.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. Juli. In seiner letzten 7stündigen Sitzung vor
...den Sommerferien arbeitete der Reichstag die Rückstände auf
...und verabschiedete eine große Anzahl von Vorlagen, darunter
...über die Goldreserven der Privat-Notenbanken (Verbot
...des Goldverkaufs), die über die anderweitige Festsetzung der
...Lasten und Beiträge in der Invalidenversicherung in der
...Fassung des Ausschusses und die über die Wochenhilfe und
...Mutterfürsorge unter Ablehnung weitergehender Anträge der
...Unabhängigen. Auch die Gesetze über die Entschädigung von
...Personen die aus den abgetretenen Gebieten verdrängt wur-
...den und über die Entschädigung der Kolonial- und der Auslands-
...deutschen wurden angenommen, ebenso die Entschädigungs-
...ordnung. Ferner fanden Annahme der Entwurf betr. die Er-
...werbslosenfürsorge und die Diätenvorlage für die Reichstags-
...abgeordneter, wonach in Berlin wohnende Abgeordnete eine
...Zulage von monatlich 500 ℳ und eine Kommissionszulage von
...20 ℳ, die übrigen Abgeordneten eine Zulage von 1000
...ℳ monatlich und für Kommissionen von 35 ℳ täglich er-
...halten, sowie die Ausführungsbestimmungen zum Besoldungs-
...gesetz nach den Ausschußanträgen. Der Antrag über die
...Anstellung der Frau in der Justiz und der Gesetzentwurf
...über das Branntweinmonopol wurden für die Herbsttagung
...zurückgestellt, die am Dienstag, den 6. September, beginnt.
...Auf der Tagesordnung der 1. Sitzung stehen Steuervorlagen.
...Am Schluß der Sitzung führte Präsident Löbe aus: In der
...bevorstehenden Pause wird endlich die Entscheidung fallen
...über das Schicksal Oberschlesiens. Furchtbares Leiden haben
...die Landsleute mitgemacht. Wir wünschen aus vollem
...Herzen, daß diesen Leiden ein Ende gemacht wird. Wir hoffen,
...die Entscheidung fällt auf Grund des Rechts, das Ober-
...schlesiens Abstimmung vor aller Welt dargetan hat. (Das Haus
...erhebt sich.) Wir hoffen, daß das Selbstbestimmungsrecht den
...Leuten Oberschlesiens ein Ende macht. (Beifall.) Wir haben
...noch eine Anzahl von Gesetzen angenommen, welche bestimmt
...sind, gewisse Wunden des Krieges zu heilen. Wir wünschen,
...unsere vertriebenen und geflüchteten Landsleute mit
...der Hilfe sich eine neue Existenz gründen und ihre Arbeit
...im Vaterlande zukommen möge.

Vor dem Streik städtischer Berliner Arbeiter.

Berlin, 7. Juli. Das Gesamtergebnis der Urabstimmung
...über den Sympathiestreik der städtischen Arbeiter zur Unter-
...stützung der ausständischen Gutsarbeiter hat 30 786 für und
...[illegible] gegen den Streik ergeben. Die 3000 Funktionäre der
...städtischen Arbeiter nahmen gestern Abend nach 4stündiger
...Beratung folgende Resolution an: Der Streik der städtischen
...Arbeiter ist hiermit für Freitag, den 8. Juli, erklärt. Er tritt
...erst in Kraft, wenn das Ergebnis der Verhandlungen der
...Stadtverordneten bekannt ist. Sollten die Gutsarbeiter mit
den Bedingungen, die der Magistrat stellt, einverstanden sein,
so werden die übrigen städtischen Arbeiter nicht in den Streik
treten. Sollten die Gutsarbeiter nicht mit den Bedingungen
einverstanden sein, so würde die sofort gebildete Streikleitung
der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter alle weiteren Maß-
nahmen ergreifen. Falls es tatsächlich zu einem Streik der
städtischen Arbeiter kommen sollte, so würde die Technische
Nothilfe in den lebenswichtigen Betrieben, Gas-, Wasser- und
Elektrizitäts-Werke, eingreifen.

Fortdauer der Polenherrschaft in Oberschlesien.

Berlin, 7. Juli. Wie der Berichterstatter der „Vossischen
Zeitung" seinem Blatt aus Kattowitz meldet, kann von einer
tatsächlichen Räumung des Industriegebiets durch die Insur-
genten keine Rede sein. Bismarckhütte war noch am 6. Juli
völlig in polnischer Hand. Die Dörfer im Industriegebiet leiden
weiter unter polnischem Terror. In die Städte ergießt sich
ein neuer Strom von Flüchtlingen aus den Landgemeinden.

Die Uebergabe des Bahnhofs Kattowitz, hat sich bis 4 Uhr
nachmittags verzögert und erfolgte in Gegenwart eines inter-
alliierten Kommandos, von Vertretern der deutschen Eisen-
bahn, sowie der früheren polnischen Eisenbahnbehörde. Abends
um 6,13 Uhr soll der erste Schnellzug aus Berlin den Bahnhof
Kattowitz erreichen. Der gesamte Güter- und Nebenbetrieb ist
seit 4 Uhr wieder aufgenommen. — Aus der Umgebung von
Ratibor wird das Auftreten neuer bewaffneten Banden ge-
meldet, die die deutsch-gesinnte Bevölkerung terrorisieren und
verschleppten. — In Beuthen hält der verschärfte Belagerungs-
zustand noch an. Die französische Behörde hat die Wieder-
aufnahme des Eisenbahnverkehrs noch nicht gestattet. Die
Stadt ist nach wie vor von der Außenwelt abgeschnitten. Am
Mittwoch vormittag sind weitere Verhaftungen von Geiseln
erfolgt. Unter diesen befindet sich der Hauptschriftleiter der
„Oberschlesischen Zeitung", Hatzel, der Hauptschriftleiter der
„Ostdeutschen Morgenpost", Dr. Kersting, der gleichfalls ver-
haftet werden sollte, war abwesend, ebenso der Redakteur der
„Landeszeitung", Thalhofer. — Zu dem Begräbnis des in
Beuthen erschossenen französischen Majors ist auch eine Ab-
teilung polnischer Insurgenten mit allen Abzeichen einge-
troffen.

Beuthen, 7. Juli. Größere Verbände englischer Truppen
sind hier eingetroffen. Der Stadtkommandant und der Kreis-
kontrolleur von Beuthen-Stadt veröffentlichen folgende Be-
kanntmachung: Keinerlei Kundgebungen der Bürgerschaft sind
beim Durchmarsch der englischen Truppen gestattet. Jede
Ansammlung wird erforderlichenfalls mit Waffengewalt zer-
streut. — An Stelle des bisherigen Stadtkommandanten Ge-
neral Lecomte Denis ist der englische Oberkommandant Bau-
chope, der Führer der südlichen Brigade in Oberschlesien, zum
Stadtkommandanten ernannt worden.

Ein Pole Mörder des französischen Majors Montalègre.

Berlin, 7. Juli. Nach einer Blättermeldung aus Beuthen
gilt nach den bisherigen Untersuchungen über die letzten Beu-
thener Vorfälle als Mörder des französischen Majors Mon-
talègre ein polnischer Insurgent namens Roßberg. Als
Vertreter des Oberpräsidenten ist Regierungsrat Tidlich zur
Untersuchung des Zwischenfalls in Beuthen eingetroffen. Die
Untersuchung des Mordes an dem Major Montalègre ergab,
daß die Kugel von der Sedanstraße aus Roßberg gekommen
ist. Der Mörder soll ein 19jähriger Bursche, ein früherer
Insurgent, sein. Die Mutter wurde verhaftet, weil der Sohn
flüchtig ist. Die Geiseln sind bisher nicht freigegeben worden.

Neue Bestellungen

auf den **täglich** erscheinenden **„Enztäler"** werden fort-
während von aller Postanstalten und unseren Austrägern
entgegengenommen.

Herzlilien-Schampon.

Das beste Haarwaschmittel, welches sich seit 1908 schon millionenfach bewährt hat, findet wegen seiner ganz hervorragenden Qualität immer mehr Anwendung. Ueber die Vorzüge von **Herzlilien-Schampon** werden Sie sich beim Gebrauch selbst überzeugen. Das Paket kostet nur 1 Mk., oder wenn Sie sich bei Ihrem Friseur die Haare waschen lassen, so probieren Sie dort eine Waschung mit Herzlilien-Schampon (diese kostet nur 50 Pfg. mehr), ist aber wunderbar.

H. Haller, Pforzheim

Patentbüro für In- und Ausland

Leopoldstraße 10. Telefon 205.

Großer Preisabschlag

in Sprengstoffen

zum Stampensprengen.

Emil Hildinger, Pforzheim-Brötzingen,

Mühlstraße 5 : : : Telefon 3284.

5% Teilschuldverschreibungen

der

Neckar-Aktiengesellschaft in Stuttgart.

Die Zeichnungen auf die zur Ausgabe gelangenden 350 Mill. ℳ mündelsichere Teilschuldverschreibungen der Neckar-Aktiengesellschaft in Stuttgart finden vom 11. bis 15. September ds. Js. statt. Bekanntlich ist das Aktienkapital der Gesellschaft von 300 Millionen ℳ vom Reich, von den Ländern Württemberg, Baden und Hessen und sonstigen öffentlichen Körperschaften, sowie namhaften Industrie- und Handelsfirmen gezeichnet worden. Für die Teilschuldverschreibungen haftet das ganze Vermögen der Gesellschaft. Sie werden außerdem durch Eintragung einer Sicherungshypothek auf den zu erstellenden Kraftwerken sichergestellt. Zudem haben das Reich, sowie die Uferstaaten Württemberg, Baden und Hessen für die Teilschuldverschreibungen und zwar für Kapital und Zinsen die Garantie übernommen. Die Einführung der Teilschuldverschreibungen an den Börsen in Berlin, Frankfurt, Mannheim und Stuttgart ist beabsichtigt. Der Zeichnungspreis ist 99 Prozent; die Zahlung kann sofort erfolgen, wodurch der Zeichner jetzt schon in den Genuß der 5prozentigen Verzinsung tritt. Zeichnungen werden außer von den offiziellen Zeichnungsstellen von allen deutschen Banken, Bankiers und Sparkassen entgegengenommen. Die Teilschuldverschreibungen sind im ganzen Reich zur Anlegung von Mündelgeld zugelassen. Ausführliche Prospekte sind bei den Zeichnungsstellen erhältlich.

DISCONTO-GESELLSCHAFT

BERLIN

Württembergische Niederlassungen:

Stuttgart Cannstatt, Esslingen a. N., Feuerbach, Freudenstadt, Friedrichshafen, Geislingen-St. Kirchheim u. T., Ludwigsburg, Ravensburg, Reutlingen, Schwäb. Gmünd, Schwäb. Hall, Schwenningen, Tübingen, Tuttlingen, Ulm a. D., Vaihingen a. d. F., Wildbad, Zuffenhausen.

Der Geschäftsbericht für das Jahr 1920 ist erschienen und kann durch unser Archiv und unsere Niederlassungen auf mündliche oder schriftliche Anforderung kostenlos bezogen werden.

BANKMÄSSIGE GESCHÄFTE ALLER ART.

KAPITAL UND RESERVEN M. 650000000

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Erbreiterung des Werkskanals von T. 36, Sägewerk des Franz Barth in Calmbach, an der kleinen Enz.

Franz Barth, Sägewerksbesitzer in **Calmbach** beabsichtigt, seinen **Oberkanal** von 2,50 m auf **13,40 m** an der breitesten Stelle zu **erweitern** und die seine Grundstücke Parz. Nr. 956 und 957 gegen die **Große Enz hin abschließende Ufermauer** nach der südwestl. Eigentumsgrenze hin zu **versetzen.**

Etwaige **Einwendungen** gegen das Unternehmen sind **binnen 14 Tagen,** vom Tage nach der Ausgabe dieses Blattes an gerechnet, **hier** anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen, soweit sie nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, nicht mehr berücksichtigt werden. Beschreibungen und Pläne sind auf dem Oberamt, Zimmer Nr. 4 zur Einsicht aufgelegt.

Neuenbürg, den 7. Juli 1921. **Oberamt:** Reg.-Ass. Rilling.

Freie Zimmerer-Innung Neuenbürg.

Nächsten Sonntag, den 10. Juli 1921, findet die **halbjährige**

Innungsversammlung

in **Herrenalb, vormittags 11 Uhr, im Gasthaus zum „Waldhorn"** statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung vollzähliges Erscheinen der Mitglieder notwendig.

Bischoff.

Waldrennach, den 8. Juli 1921.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, für den erhebenden Gesang des Chors, sowie für die zahlreiche Leichenbegleitung unseres lieben Vaters

Wilhelm Stoll (Witwer)

sagen wir herzlichen Dank.

Die trauernden Kinder.

Herrenalb, den 6. Juli 1921.

Danksagung.

Anläßlich des Hinscheidens unseres lieben, unvergeßlichen, nun in Gott ruhenden Kindes

Hilde

sind uns so zahlreiche und wohltuende Beweise herzlicher Teilnahme aus Nah und Fern zugegangen, daß wir nicht umhin können, von ganzem Herzen zu danken. Herzl. Dank insbesondere dem Herrn Hauptlehrer Müller mit Chor und Herrn Oberlehrer Schanz mit Schülern und Schülerinnen für den Gesang am Grabe. Ganz besonderen Dank allen ohne Ausnahme, die unserer lieben Hilde Gutes erwiesen und sich so überaus zahlreich zum Leichenbegängnis eingefunden haben.

Im Namen der tiefbetrübten Hinterbliebenen:
A. Hahn, techn. Eis. Ob. Sekretär.

Feuerio
Doppelfettseife
80% Fett
daher größte Ausgiebigkeit, das Beste für die Wäsche.
VEREINIGTE SEIFENFABRIKEN STUTTGART
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften

Rotenfels.

Sonntag, den 10. Juli 1921 findet im

Gasthaus zum „Rößle

Tanzunterhaltung

statt, wozu freundlichst einladet

Hermann Pfeiffer.

Conweiler.

Sonntag, den 10. Juli 1921

Große Hundebörse,

wozu einladet

J. Bürkle z. „Löwen."

Forstamt Herrenalb.

Brennholz-Verkauf.

Am Dienstag den 12. Juli vorm. 9 Uhr auf dem Rathaus in Herrenalb aus Staatswald Scheideichen, Brandplatte, Franzosenacker, Mädig, Hintere Brühhälde, Rißplatte, Unteres Dobelwäsele, Flachsteich:

Eichen: Rm. 11 Prügel, 21 Anbruch; Buchen: Rm. 19 Prügel; Birken: Rm. 7 Rugel, 21 Prügel (zusammen 87 Rm. Anbruch); Nadelholz: Rm. 2 Scheiter, 497 Prügel, 284 Anbruch.

Deutsch-demokr. Partei

Parteifreunde **heute abd. in der „Krone".**

Württ. Schwarzwald-Verein Bez.-V. Neuenbürg.

Sonntag, den 10. Juli

Ausflug nach Würm

(bei jeder Witterung).

Abfahrt: Bahn 1.53 Uhr nach Brötzingen, Wanderung über Dillstein — Hoheneck — Schöne Buche — Erzkopf nach Würm. Einkehr im „Löwen". Rückmarsch durchs Würmtal nach Pforzheim. Rückfahrt 8.16 Uhr. Marschzeit 3½ bis 4 Stunden zusammen.

Die Mitglieder und alle, die es noch werden wollen, sind freundlichst eingeladen.

Führung: Baab.

Maschinenstrickerin

empfiehlt sich im

Anfertigen von Strümpfen u. Socken, sowie Längen und Anstricken

bei billiger Berechnung.

Frau **Paula Stürzer,**
Pforzheim,
Kronprinzenstraße 17, IV.

Visiten-Karten

liefert rasch und billig
Ch. Meeh'sche Buchdruckerei.

Dennach.

Verkaufe zwei frischmelkige, dreijährige

Ziegen,

ferner zwei harthölzerne

Blumenbänkchen

mit Eisenträger.

Ernst Kull.

Birkenfeld.

Zwei schöne

Ziegen

sind zu verkaufen. Preis 500 ℳ.

Dietlingerstr. 43.

Ottenhausen.

10 bis 12 Ztr. gut eingebrachtes

Weizenstroh

hat zu verkaufen

Friedr. Ott.

Hand-Datumstempel

für Kanzleien und Büros sind sofort lieferbar
C. Meeh'sche Buchdruckerei.

Tüchtiges, ehrliches

Mädchen

für Küche und Haushalt für sofort gesucht.

Frau **Hermann Bornhofen,**
Restaurant Rheingold,
Mannheim, Hafenstraße 24.

Neckar-Anleihe

350 Millionen Mark

5%ige mündelsichere Teilschuldverschreibungen der

Neckar-Aktiengesellschaft

unter Garantie des Reichs sowie der Länder Württemberg, Baden und Hessen mit dem Recht auf hypothekarische Sicherstellung auf den zu erstellenden Kraftwerken.

Am 1. Juni 1921 ist unter Mitwirkung des Reichs sowie der Länder Württemberg, Baden und Hessen der Gesellschaftsvertrag der Neckar-Aktiengesellschaft festgestellt worden. Gegenstand des Unternehmens, das seinen Sitz in Stuttgart hat, ist der Ausbau des Neckars von Mannheim bis Plochingen (oberhalb Stuttgart) als Teil der Neckar-Donau-Großschiffahrtsstraße sowie der Ausbau und Betrieb von Wasserkraftwerken an der Neckarwasserstraße. Das Aktienkapital von 35 Millionen Mark ist gezeichnet worden vom Reich, den Ländern Württemberg, Baden und Hessen, sonstigen öffentlichen Körperschaften sowie namhaften süddeutschen Industrie- und Handelsfirmen; es haben sich dabei ferner beteiligt die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, die Siemens-Schuckertwerke, die Bergmann-Elektrizitätswerke, die Brown, Boveri & Cie. A.-G. und eine Anzahl von führenden deutschen Banken.

Durch das Unternehmen wird ein in das Herz von Südwestdeutschland führender Großschiffahrtsweg von 200 km Länge geschaffen, der die Grundlage für eine Verbindung von Rhein, Neckar und Donau und damit von Westeuropa mit den Donauländern bildet. Der Ausbau der Wasserkräfte durch Erstellung von 26 Kraftwerken wird nach den Gutachten der Sachverständigen etwa 1000[illegible] Pferdestärken ergeben, aus denen sich an elektrischer Energie jährlich 300—[illegible] Millionen Kilowattstunden gewinnen lassen. Das Bauprogramm sieht die Fertigstellung der gesamten Anlagen und zwar sowohl der Schiffahrtsstraße als der Kraftwerke innerhalb eines Zeitraums von etwa 12 Jahren vor.

Zur Beschaffung der Mittel für die Durchführung des ersten Teils des Bauprogramms gibt die Gesellschaft

350 Millionen Mark 5%ige auf den Inhaber lautende Teilschuldverschreibungen in Stücken über Mk. 20000.—, Mk. 10000.—, Mk. 5000.—, Mk. 1000.— und Mk. 500.—

aus.

Die Tilgung der Schuldverschreibungen erfolgt zum Nennwert vom Jahr 1927 ab im Weg der Auslosung innerhalb 37 Jahren, vorbehältlich früherer, nicht vor 1927 beginnender außerordentlicher Rückzahlung.

Die Zinsen werden halbjährlich je auf 1. Februar und 1. August bezahlt. Die Verzinsung beginnt am 1. August 1921.

Für die Teilschuldverschreibungen haftet das **gesamte Vermögen der Neckar-Aktiengesellschaft.** Außerdem werden die Teilschuldverschreibungen durch Eintragung einer **Sicherungshypothek mit erstem Rang auf sämtliche Kraftwerke,** welche die Gesellschaft erstellen wird, jeweils nach Ausbau des einzelnen Werks sichergestellt werden. Endlich hat **das Reich sowie die Länder Württemberg, Baden und Hessen für die Teilschuldverschreibungen und zwar sowohl für das Kapital wie für die Zinsen die Garantie übernommen.** Die Schuldverschreibungen sind sonach im ganzen Deutschen Reich zur Anlegung von Mündelgeld geeignet.

Die Gesellschaft darf später ausgegebenen Teilschuldverschreibungen kein besseren Rechte einräumen; es ist höchstens eine Gleichstellung solcher Schuldverschreibungen mit den jetzt ausgegebenen gestattet, wobei eine Ausdehnung der Sicherungshypothek mit gleichem Rang auf später ausgegebene Teilschuldverschreibungen vorbehalten bleibt.

Die Einführung an den Börsen in Berlin, Frankfurt, Mannheim und Stuttgart ist in Aussicht genommen.

Die Teilschuldverschreibungen, die demnach als ein ausgezeichnetes Anlagepapier betrachtet werden können, werden hiemit zur

Zeichnung

unter folgenden Bedingungen aufgelegt:

1. Zeichnungen können erfolgen **vom 11. Juli bis 15. September 1921** bei den unterzeichneten Stellen und deren sämtlichen Niederlassungen, ferner durch Vermittlung sonstiger Banken und Bankiers und der Sparkassen. Früherer Zeichnungsschluß bleibt vorbehalten, ebenso eine entsprechende Erhöhung des auszugebenden Betrags der Teilschuldverschreibungen für den Fall, daß die Zeichnungen den aufgelegten Betrag übersteigen.
2. Der **Zeichnungspreis** beträgt **99%** zuzüglich Schlußnotenstempel unter Verrechnung von 5% Stückzinsen.
3. Die **Zahlung** des Zeichnungspreises ist in Einem Betrag in der Zeit **zwischen dem 11. Juli und dem 30. September 1921** zu leisten.
4. Die **Zuteilung** findet baldmöglichst nach Zeichnungsschluß statt. Die bis zur Zuteilung bereits bezahlten Beträge gelten als voll zugeteilt. Die Stücke werden mit möglichster Beschleunigung fertiggestellt.

Ausführliche Prospekte sind bei den Zeichnungsstellen erhältlich.

Stuttgart, Ulm, Mannheim, Darmstadt, Berlin, im Juni 1921.

Württembergische Vereinsbank
Die Mitglieder der Vereinigung Württ. Banken und Bankiers
Die Mitglieder des Verbands Württ. Bankiers
Württ. Sparkassen-Giroverband
Landwirtschaftliche Genossenschafts-Zentralkasse
Zentralkasse württ. Genossenschaften
Badische Girozentrale
Rheinische Creditbank
Süddeutsche Disconto-Gesellschaft
Hessische Girozentrale
Bank für Handel und Industrie
Berliner Handels-Gesellschaft
Commerz- und Privat-Bank A.-G.
Deutsche Bank
Direction der Disconto-Gesellschaft
Dresdner Bank
Hardy & Co. G. m. b. H.
Mendelssohn & Co.
Mitteldeutsche Creditbank
Nationalbank für Deutschland.

Inserieren bringt Erfolg

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw